

Positionspapier der **BÜNDNISGRÜNEN**-Fraktion im
Brandenburger und Sächsischen Landtag und im
Abgeordnetenhaus Berlin und Bernhard Herrmann, MdB



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
IM BRANDENBURGER LANDTAG

**BÜNDNIS
GRÜNE**
LANDTAG
SACHSEN

POSITIONSPAPIER

5. OKTOBER 2023

Lausitzer Wasserhaushalt langfristig stabilisieren

BÜNDNISGRÜNE Forderungen für die nachhaltige Sicherung
der Wasserversorgung nach dem Braunkohlebergbau



Lausitzer Wasserhaushalt langfristig stabilisieren

BÜNDNISGRÜNE Forderungen für die nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung nach dem Braunkohlebergbau

Die drastischen Auswirkungen des Braunkohlebergbaus auf den Wasserhaushalt der Lausitz und der Spree stellen die drei Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Berlin vor große Herausforderungen. Die Klimakrise und die damit verbundene Trockenheit verschärfen die Situation weiter. In diesem Positionspapier zeigen wir aus BÜNDNISGRÜNER Sicht wichtige politische Stellschrauben auf, um den Wasserhaushalt der Lausitz langfristig zu stabilisieren, die Wasserversorgung von Berlin und in der Lausitz dauerhaft zu sichern und eine gute Wasserqualität im gesamten Gewässersystem herzustellen.

Problembeschreibung: Folgen des Braunkohlebergbaus für den Wasserhaushalt

Nach einer ca. 150-jährigen Geschichte wird der Braunkohlebergbau in der Lausitz in den nächsten Jahren abgeschlossen. **Der Kohlebergbau ist verbunden mit tiefgreifenden wasserwirtschaftlichen Folgen, denn über Jahrzehnte wurde hier Grundwasser – sogenanntes Sumpfungswasser – gehoben, um die Kohlegruben trockenulegen.** Insgesamt wurden 58 Milliarden Kubikmeter Grundwasser gefördert und über die Spree, die Schwarze Elster und die Neiße abgeleitet. Das ist mehr Wasser als der Bodensee fasst. Dieses Wasser fehlt heute in der Lausitz. Das Wasserdefizit aufgrund laufender Tagebaue der Lausitz Energie Kraftwerke AG/Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) und noch zu flutender Restseen in Verantwortung der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) beträgt aktuell ca. 7 Milliarden Kubikmeter.

Der Wasserhaushalt im Einzugsgebiet der Spree ist seit Jahrzehnten durch den Braunkohlebergbau erheblich gestört. Die Grundwasserstände sind in den Absenkungstrichtern der Tagebaue und Sanierungsgebieten großflächig soweit abgesenkt, dass dort die Niederschläge nicht mehr in den Bächen und Flüssen zum Abfluss kommen, sondern nur noch versickern. Auf der anderen Seite wird die Spree



derzeit mit ca. 5 Kubikmeter pro Sekunde Sumpfungswasser aus dem aktiven Bergbau bezuschusst. Das macht im Mittel ca. 50 Prozent des Spreewassers im Raum Spremberg aus. Dieser Anteil kann sich hier im Niedrigwasserfall auf 75 Prozent erhöhen. **Weil das natürliche Abflussverhalten der Spree aufgrund der großräumigen Grundwasserdefizite derzeit nicht gegeben ist, kommt der Stützung der Spree mit Sumpfungswasser aktuell eine große Bedeutung zu.** Dieser Zustand wird anhalten, bis sich die Grundwasserstände nach dem Ende von Kohleförderung und Sanierung der Tagebaufolgelandschaft entsprechend den neuen wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingestellt haben. Zu den neuen Rahmenbedingungen zählen vor allem die großen Wasserflächen, die in der Lausitz entstanden und noch im Entstehen sind und die eine erhebliche Verdunstungsrate haben werden. **Insofern führt der Braunkohlebergbau zu einem dauerhaft veränderten Wasserhaushalt in der Lausitz. Damit verbunden sind Ewigkeitskosten für die Flutungsnachsorge im Lausitzer Seenland und die effektive Reduzierung der Einträge von Eisenocker und Sulfat in die Gewässer.**

BÜNDNISGRÜNE Ziele

Die Sanierung des Wasserhaushaltes der Lausitz stellt im Kontext des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung, der Klimakrise und dem Strukturwandel in der Region eine der größten Herausforderungen für Sachsen, Brandenburg und Berlin dar. Vor diesem Hintergrund verfolgen wir folgende Ziele:

- Verursacher*innen zur Übernahme der Kosten zur Sanierung des Wasserhaushaltes verpflichten;
- Herausforderungen und Lösungen länder- und ebenenübergreifend angehen und entsprechende Strukturen zur Umsetzung absichern;
- Wasserhaushalt der Lausitz unter Beachtung der Klimakrise und des Strukturwandels langfristig stabilisieren;
- Wasserversorgung von Berlin, des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald und weiterer unverzichtbarer Nutzungen langfristig sichern;
- Gute Wasserqualität im gesamten Gewässersystem herstellen.



Um diese Ziele zu erreichen, sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Das Verursacherprinzip konsequent anwenden: Sanierungskosten nicht bei den Steuerzahlenden abladen!

Die Kosten für die vorübergehende Stützung der Spreedurchflüsse und die Sanierung des Wasserhaushaltes der Lausitz dürfen nicht bei den Steuerzahlenden abgeladen werden. Schließlich ist der Braunkohlebergbau der Verursacher der wasserwirtschaftlichen Probleme. **Deshalb muss die LEAG als Bergbautreibende umfassend an den Kosten für die Sanierung des Wasserhaushaltes beteiligt werden.** Das Argument, ohne „die Kohle“ würde die Spree trockenfallen und deshalb könne es keinen früheren Kohleausstieg geben, weisen wir entschieden zurück. Denn das Wasser, das jetzt unabhängig von einer notwendigen Bezuschussung in die Spree eingeleitet wird, vergrößert das regionale Wasserdefizit und muss im Grundwasser wieder aufgefüllt werden. **Je eher wir aus der Kohle aussteigen, desto kleiner wird der zu behebende Schaden.**

2. Finanzierung für die Renaturierung langfristig sichern: Braunkohlefolgestiftung gründen!

Zu lange wurde es versäumt, die Finanzierung der Sanierung des Wasserhaushalts und der Ewigkeitskosten langfristig abzusichern. Die insolvenzunsicheren Rücklagen der LEAG für die Wiedernutzbarmachung reichen bei weitem nicht aus. Um die langfristige Finanzierung der Wiedernutzbarmachung durch die Bergbaubetreiber sicherzustellen, ist die **Gründung einer Braunkohlefolgestiftung** anzugehen.

3. Die länderübergreifende Zusammenarbeit intensivieren!

Es braucht eine **intensive, länderübergreifende Zusammenarbeit** zwischen Brandenburg, Sachsen, Berlin und dem Bund sowie die personelle und finanzielle Absicherung der Arbeit in den Landesbehörden und in der LMBV. In diesem Kontext **begrüßen wir die Arbeit der Bund-Länder-AG** zur Etablierung eines Grundwasser-Großraummodells für die Lausitz.

4. Verdunstung der Bergbaufolgeseen reduzieren und Seen innovativ nutzen!

Um die Verdunstung über den künftigen Bergbaufolgeseen zu reduzieren, ist über die Braunkohlenplanung bei der Auskohlung der Gruben auf die **Entwicklung**



kleiner tiefer statt großer flacher Tagebaurestseen hinzuwirken. Zudem sind die **innovativen Nutzungen der Bergbaufolgeseen** in den Blick zu nehmen und diese für die **Energiegewinnung**, z.B. Floating-Photovoltaik und Seewärmepumpen, zu nutzen.

5. Wasserüberleitungen aus anderen Flussgebieten kritisch hinterfragen und prüfen!

Die diskutierte **Überleitung von Wasser** aus den Flussgebieten von Elbe, Neiße und Oder in das Spreesystem muss vor dem Hintergrund der Sinnhaftigkeit, der ökologischen Auswirkungen mit Blick auf das Verschlechterungsverbot der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), der Wirtschaftlichkeit, der Aussicht auf Genehmigungsfähigkeit, der zeitlichen Passfähigkeit zum Kohleausstieg und der Klimawandelauswirkungen **intensiv hinterfragt und geprüft werden, um Fehlinvestitionen und Gefahren für die betroffenen Flusssysteme auszuschließen**. Für eine Grundsatzentscheidung zu Überleiten aus anderen Flussgebieten fordern wir **Nutzen-Kosten-Analysen**, die eine **Variantenuntersuchung** zu anderen Maßnahmen, wie dem bedarfsweisen Weiterbetrieb der Grundwasserpumpen, einschließen und den Nachweis, dass ökologische Schäden in den Flusssystemen dadurch ausgeschlossen sind.

6. Den Wasserrückhalt in der Landschaft verbessern und Fließgewässer renaturieren!

Zur Stabilisierung des Wasserhaushaltes im Einzugsgebiet von Spree und Schwarzer Elster sind umfangreiche Maßnahmen zum verbesserten Wasserrückhalt in den Oberflächengewässern umzusetzen, um Regenwasser vermehrt zurückzuhalten und zur **Aufhöhung der Grundwasserstände** zu nutzen. In diesem Kontext fordern wir auch die forcierte Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zur **Renaturierung der in der Vergangenheit für die Ableitung von Sumpfwässern ausgebauten Fließgewässer**. Diese Gewässer – auch die Spree – müssen wieder den zu erwartenden verringerten Abflüssen angepasst werden, damit sie ihrer Funktion als Lebensadern in der Landschaft gerecht werden können.

7. Künftigen Wasserverbrauch am künftigen Wasserdargebot ausrichten!

Das wasserwirtschaftliche Erbe des Braunkohlebergbaus zwingt uns dazu, insbesondere in der Lausitz unseren Wasserverbrauch am Dargebot auszurichten.



Die Ansiedlung und der Ausbau von Industrie und Gewerbe sowie weiterer Siedlungsbereiche im Zuge des Strukturwandels setzt eine Prüfung der verfügbaren Wasserressourcen voraus. Das gilt für alle drei Länder insgesamt, aber besonders für die Lausitz. In diesem Sinne fordern wir auch einen **fachlich fundierten Wassercheck** für größere Ansiedlungen und Konzepte für die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen. Um Fehlinvestitionen im Strukturwandel in der Lausitz zu vermeiden, ist ein **realistisches Gesamtkonzept zum Wasserhaushalt** zu erarbeiten, das die Flutung und die Nachsorge der Restseen als auch Wasserentnahmen für andere Nutzungen bilanziert. Allgemein müssen alle drei Länder in Zeiten des Klimawandels daran arbeiten, Wasser zu sparen und diese kostbare Ressource effizient für die Versorgungsansprüche einzusetzen.

8. Den Ausbau des Wasserspeichersystems in der Lausitz forcieren!

Der Ausbau der Kapazitäten zur Wasserspeicherung in der Lausitz muss beschleunigt werden, denn ohne weitere Speicherkapazitäten kann eine kontinuierliche Wasserversorgung der Spree unter den Bedingungen des veränderten Wasserhaushalts der Lausitz und des Klimawandels nicht gewährleistet werden. Das betrifft vor allem laufende Vorhaben im Lausitzer Seenland wie die Spundwand am **Speicherbecken Lohsa II**, aber auch die Wiederherstellung des Speichervolumens der **Talsperre Spremberg** und weitere Maßnahmen. Besonders dringlich ist die rechtliche Prüfung und Einordnung des **Cottbuser Ostsees** für die Niedrigwasseraufhöhung der Spree.

9. Den Pumpenbetrieb übergangs- und bedarfsweise weiterführen!

Für die Übergangsphase zwischen dem Ende der Braunkohleförderung und dem Abschluss der Flutung der Tagebaurestseen fordern wir den **bedarfsweisen Weiterbetrieb von ausgewählten Grundwasserbrunnen des Kohlebergbaus, um den Durchfluss der Spree zu stützen**. Dieser Zeitraum wird durch einen akuten Wassermangel in der Spree und einem Teil ihrer Zuflüsse geprägt sein, da sich die endgültigen Grundwasserstände noch nicht eingestellt haben werden und damit ein natürlicher Abfluss nicht gegeben ist. **Damit wollen wir absichern, dass die prioritären Nutzungen im Zusammenhang mit dem Spreewasser weiter gewährleistet werden**. Dazu gehören unter anderem die Trinkwasserversorgung von Berlin



und die Erhaltung des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald. Dafür nehmen wir einen langsameren Anstieg der Grundwasserstände in den Absenkungstrichtern der Tagebaue in Kauf.

10. Masterplan für das UNESCO-Biosphärenreservat Spreewald entwickeln!

Der Spreewald am Mittellauf der Spree stellt eine **einzigartige Kultur- und Naturlandschaft** von UNESCO-Rang dar und ist ein Hotspot für den Tourismus unserer drei Länder. Diese Landschaft ist durch das weitverzweigte Gewässersystem und große Moorflächen in besonderem Maße vom Wasser abhängig. Um diese besonders wertvolle Landschaft zu erhalten, fordern wir die Erarbeitung eines **Masterplans zur Anpassung des Gewässernetzes und der Wasserläufe auf ein hydrologisch und wirtschaftlich verträgliches Maß** unter Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte im Biosphärenreservat.

11. Im Kampf gegen Verockerung und Sulfatbelastung nicht nachlassen!

Die bergbaubedingten Stoffeinträge stellen nach wie vor eine große Herausforderung für die Wasserqualität der Spree, der Schwarzen Elster und ihrer Zuflüsse dar. Insbesondere die Aktivitäten im **Kampf gegen die Verockerung im Bereich südlich von Spremberg müssen intensiviert und verursachergerecht finanziert** werden. Dazu ist u. a. die Herstellung der geplanten **Dichtwand am Speicherbecken Lohsa II** zu forcieren sowie die Einrichtung einer **Dichtwand am jetzigen Tagebau Nochten** zu initiieren, um die Eisenockerbelastung der Spree langfristig und nachhaltig zu verringern und die Eisenwerte der Oberflächengewässerverordnung künftig einzuhalten. Zudem müssen die Technologien zur Klärung des belasteten Wassers und zum Umgang mit Eisenocker weiterentwickelt werden. Die Wasserbewirtschaftung muss sich weiterhin neben dem Mengenproblem auch an der Reduzierung der Sulfatbelastung ausrichten.